

## Friedensgebet

### Wo liegt der gemeinsame Nenner?

Die ganze Welt konnte am Fernsehschirm mitverfolgen, wie am 27. Oktober in Assisi Vertreter aller christlichen Konfessionsfamilien und Repräsentanten der Religionen vom Judentum über den Hinduismus bis zu afrikanischen Stammesreligionen zum Friedensgebet zusammenkamen. Sicher war Assisi *nicht das erste Treffen* von Vertretern verschiedener Religionen zur Förderung des Friedens untereinander und in der Welt. Dennoch ragte Assisi aus dem Feld der sonstigen interreligiösen Begegnungen heraus. Zu diesem Friedensgebet hatte Johannes Paul II. eingeladen, der Inhaber eines Amtes, dem weit über seine Kirche hinaus Respekt gezollt wird. Außerdem war das Friedensgebet in der Stadt des heiligen Franziskus *keine isolierte Veranstaltung*, sondern wurde von zahlreichen Gebetstreffen in den verschiedensten Ländern der Welt begleitet. Mancherorts wurde sogar der Appell des Papstes befolgt, an diesem Tag die Waffen ruhen zu lassen.

Der Papst machte schon in seiner Ansprache zu Beginn des Gebetstages unmißverständlich klar, worum es in Assisi nicht ging: Das Treffen beinhaltet nicht die Absicht, einen religiösen Konsens zu suchen oder über die religiösen Überzeugungen zu verhandeln. Es bedeute weder, daß die Religionen gegenüber einem sie alle übersteigenden irdischen Projekt miteinander versöhnt werden könnten, noch sei es eine Konzession an einen Relativismus in religiösen Glaubensfragen. Entsprechend vorsichtig-unbestimmt fiel dann auch der gemeinsame Nenner aus, den Johannes Paul II. am Abschluß des Friedensgebets der Religionen festhielt. Gemeinsam sei allen Religionen der „innere Imperativ des moralischen Gewissens“ sowie die Überzeugung, daß

der Friede die menschlichen Kräfte weit übersteige und daß deshalb „seine Quelle und Verwirklichung in jener Wirklichkeit zu suchen ist, die über uns allen ist“.

Die Formulierung läßt deutlich werden, wie mühsam es ist, einen auf alle Religionen anwendbaren Begriff Gottes bzw. eines Absoluten zu finden. An anderer Stelle sprach der Papst mit einer ebenso unbestimmten Formel von der „Macht über allen menschlichen Kräften“. Es bleibt auch die Frage, ob die Herausstellung des *Gewissens* als gemeinsamen Fundaments von der Wirklichkeit der Religionen ausreichend gedeckt wird: Gibt es überhaupt ein Verständnis des Gewissens, das für das Christentum, den Islam, den Hinduismus und den Buddhismus gleichermaßen gilt?

Der *interreligiöse Dialog*, für den auf katholischer Seite die Konzilserklärung „Nostra aetate“ die Türen geöffnet hat, steckt noch *weithin in den Anfängen*. Im übrigen ist auch noch längst nicht hinreichend geklärt, wie eine *christliche Theologie der Religionen* aussehen muß, wenn sie den Anspruch des Christentums, die Wirklichkeit der anderen Religionen wie auch das alle Menschen Verbindende ernst nehmen will. Allerdings dürfte auch in Zukunft die *konkrete Zusammenarbeit* von Menschen verschiedener Religionen bei der Lösung drängender sozialer und politischer Herausforderungen und damit auch bei der Friedensförderung ein entscheidender Lernort für das Verhältnis der Religionen zueinander sein. ru

## Klärungsphase

### Pax Christi zwischen Friedensbewegung und kirchlichem Amt

Die deutsche Sektion der katholischen Friedensbewegung Pax Christi steht vor einer wichtigen Grundsatzentscheidung: Wird auch in Zukunft ein Bischof Präsident dieser Bewegung sein oder wird bei Pax Christi

künftig – wie im übrigen bei anderen katholischen Verbänden auch – „nur“ ein Präses die Verbindung zum kirchlichen Amt herstellen? Die deutschen Bischöfe konnten sich auf ihrer diesjährigen Herbstvollversammlung in Fulda in dieser Frage noch zu keiner Entscheidung durchringen. Nach den Statuten der deutschen Pax-Christi-Sektion ist der Präsident „in der Regel ein Bischof“. Der Eichstätter Bischof *Karl Braun* hatte durch seinen Rücktritt vom Amt des Pax-Christi-Präsidenten eine Entscheidung nötig gemacht. Den Trierer Bischof *Hermann-Josef Spital* ernannten die Bischöfe zu ihrem Beauftragten und zum Gesprächspartner für Pax Christi während einer einjährigen Klärungsphase.

Pax Christi ist eine Gründung der unmittelbaren Nachkriegszeit. Mit dem Namen dieser Bewegung ist in Deutschland bis heute vor allem die Versöhnung mit Frankreich verbunden, später dann die mit Polen, auch mit Israel. Seit einiger Zeit gibt es Versuche, mit der Sowjetunion auf ähnliche Weise zu verbesserten Beziehungen zwischen den Völkern zu kommen. Im Zusammenhang mit dem Entstehen der Friedensbewegung, im Zuge der Auseinandersetzungen um die Neutronenwaffe und vor allem die NATO-Nachrüstung stellte sich für Pax Christi die Frage, in welchem Verhältnis man eigentlich dazu stehen will. Manchem in den Pax-Christi-Gruppen sind die Positionen, die ihre Bewegung bezieht, z. B. in der Frage nach Wehrdienst und Wehrdienstverweigerung, zu wenig eindeutig. Man wünscht sich eine Linie, die näher bei derjenigen liegt, die in den Gruppen der Friedensbewegung vertreten wird. Solange Pax Christi jedoch kein Verband ist mit der damit verbundenen größeren Autonomie, wird man nicht umhinkommen, eher das Ganze im Blick zu behalten, den Kontakt z. B. auch zu denen nicht abreißen zu lassen, die der Friedensbewegung fremd gegenüber stehen. Ob die deutsche Pax Christi mit ihrem Beschluß der letzten Delegiertenversammlung diesem Auftrag gerecht wurde, in dem sie die Wehrdienstverweigerung als „eine heute ethisch gebotene Hand-

lungsweise“ bezeichnet, darf man bezweifeln.

Es gilt also abzuwägen: Eine von der Rücksichtnahme auf das kirchliche Amt „befreite“ Pax Christi ist schnell nur mehr ein Stimme neben vielen anderen; was an Unabhängigkeit auf der einen Seite gewonnen wird, verliert man an Gewicht und Einflußmöglichkeiten auf der anderen. Insofern kann man sich für mehr Unabhängigkeit von Pax Christi aussprechen und damit die Hoffnung auf einen Gewichtsverlust von Pax Christi verbinden. Selbstverständlich kann es ein grundsätzlich legitimes Ziel sein, aus Pax Christi einen Verband machen zu wollen – wie erst unlängst auch Bischof Spital feststellte. Gegen eine gewisse Verantwortlichkeit könnte es eigentlich nur gut tun, wenn ein breites Spektrum an Laiengruppen bestünde, die ihrerseits nicht immer gleich nach der besonderen Anerkennung durch das kirchliche Amt schielten.

Bei Pax Christi jedoch liegen die Dinge anders: Vor allem international wäre es kein gutes Zeichen, wenn sich ausgerechnet die deutschen Bischöfe von der katholischen Friedensbewegung absetzten. Angesichts der allgemeinen Polarisierung in diesen Fragen kann es nur hilfreich sein, über eine Bewegung zu verfügen, die Vermittlungsdienste leistet, indem sie einerseits die Bischöfe in die Pflicht nimmt, sich aber auch die Unabhängigkeit bewahrt, der Friedensbewegung kritisch gegenüberzustehen. Das sind vielleicht nicht die besten Voraussetzungen dafür, eine Massenbewegung zu werden. Das war aber Pax Christi auch in der Vergangenheit nicht.

nt

tiertes Form zur Entwicklungspolitik Stellung. Offenbar kam es dem Bundespräsidenten darauf an, vor allem in fünf Punkten Klarheit zu schaffen:

1. Entwicklungshilfe ist dort zu leisten, wo die Not am größten ist und wo sie am dringendsten gebraucht wird – „nicht dort, wo unseren eigenen Interessen vorrangig gedient werden kann“.
2. Entwicklungspolitik kann kein Instrument der Arbeitsmarktpolitik zu Hause sein.
3. Bedingung für die Entwicklungspolitik kann nicht sein, „daß im Entwicklungsland in innen- und außenpolitischen Fragen Bedingungen vorherrschen, die uns besonders sympathisch sind“. Links oder Rechts seien dafür keine besonders geeigneten Maßstäbe.
4. Da Entwicklungshilfe immer nur als Hilfe zur Selbsthilfe fruchtbar sein könne, und zwar zu einer Selbsthilfe, die die Mittel zur Aktivierung aus den eigenen Quellen schöpft, könne der Sinn des Lebens nicht gleichermaßen zusammen mit Elektrizitätswerken und Wasserpumpen geliefert, sondern müsse von den Entwicklungspartnern selbst gesucht und gefunden werden.
5. In die Verschuldungsproblematik sind auch private Banken tief involviert. Es gebe aber keinen Sinn, „die privaten Banken einzuladen, sich an der Schuldenpolitik zu beteiligen, und dann, wenn die Banken in Schwierigkeiten kommen, ihnen nahezu legen, sie sollten entwicklungspolitische Verantwortung zeigen“. Gerade weil auftretende Schwierigkeiten bei den privaten Banken vom Staat häufig nach innenpolitischen, innenwirtschaftlichen Kriterien behandelt werden und weniger nach entwicklungspolitischen, sei „der Ruf nach entwicklungspolitischer Verantwortung gegenüber dem Staat richtig plaziert“.

Es war sozusagen ein bundespräsidiales *entwicklungspolitisches Einmaleins*, das von Weizsäcker den Synodalen vortrug: Entideologisierung der Entwicklungspolitik, Hilfe zur Selbsthilfe ohne geistige bzw. kulturelle Bevormundung, Vorrang des entwicklungshilffichen Effekts vor den nationalen Interessen des Geberlandes, vorran-

gige entwicklungspolitische Verantwortung des Staates.

Der Bundespräsident hatte einen sehr aufmerksamen Zuhörer in der vordersten Reihe: den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, – CSU-Mann und selbst Mitglied der EKD-Synode.

Vom „Spiegel“ (10. 11. 86) in einem Interview darauf angesprochen, ob die Intervention des Bundespräsidenten nicht als Kritik gerade an seiner und der Bundesregierung Entwicklungspolitik aufzufassen sei, bestritt Warnke dies nicht nur entschieden, sondern nahm von Weizsäcker für die eigene Position in Anspruch. Der Bundespräsident habe ja im Blick auf die Vertretung der eigenen Interessen gesagt, es sei nicht des Teufels, wenn beim Bau eines Staudammes deutsche Firmeninteressen gegenüber englischen oder französischen geschützt würden.

Im übrigen verfocht Warnke wacker Entwicklungspolitik als Teil der allgemeinen außenpolitischen Zielsetzungen (Rücksicht auf das Bündnisystem z. B.), charakterisierte aber die eigene Entwicklungspolitik als völlig ideologiefrei nach dem Motto: „Wir wollen die Länder der Dritten Welt nicht als Hilfstruppen der Ost-West-Auseinandersetzung ausmustern. Aber ein Land, das sich entschieden hat, sich einzuordnen in die weltweite sowjetische Hegemonialstrategie, aber von der Sowjetunion keine Wirtschaftshilfe bekommt, darf nicht damit rechnen, seine Defizite ... durch deutsche Hilfen auszugleichen.“

Sicher gibt es keine entwicklungspolitische Unschuld, weder in der einen noch in der anderen Richtung, und beschäftigungspolitische Kriterien des eigenen Landes können auch aus entwicklungspolitischen Strategien nicht ganz herausgehalten werden. Es sieht aber so aus, daß unter der gegenwärtigen Bundesregierung nicht nur pragmatischer (und in mancher Beziehung doch auch effektiver) Entwicklungspolitik getrieben wird, sondern politische und wirtschaftliche Eigeninteressen gegenüber den originären entwicklungspolitischen Zielen (unter Berufung auf in der Beziehung nicht immer sachgerechten marktwirt-

## Merksätze

*Der Bundespräsident und die Entwicklungspolitik nach der „Wende“*

In seinem Grußwort vor der EKD-Synode in Bad Salzuflen (vgl. ds. Heft, S. 563) nahm Bundespräsident Richard von Weizsäcker in sehr poin-